Mordermittlung „Mulde“ eingestellt

Bad Oeyenhausen. Nach achtmonatiger Arbeit hat die Mordkommission „Mulde“ ihre Arbeit eingestellt. Die Ermittler der Kriminalpolizei Bielefeld hatten im vergangenen Jahr Ermittlungen aufgenommen, nachdem die Leiche eines 22-Jährigen im Müllcontainer der Reha-Klinik „Porta Westfalica“ gefunden worden war.

Der Mann, der beruflich Hausmeister- und Gärtnerarbeiten in der Reha-Klinik durchführte, wurde am 2. Januar 2024 von Angehörigen als vermisst gemeldet. Am 15. Januar wurde der Leichnam beim Umladen von Müll entdeckt. Den genauen Todeszeitpunkt konnte die Polizei nicht ermitteln.

Im Zuge der Ermittlungen gab es Verdachtsmomente gegen mehrere Personen. „Ein Tatverdacht erhärtete sich jedoch nicht“, heißt es seitens der Polizei. Die Ermittlungen seien vorerst abgeschlossen, „da keine neuen Hinweise oder Ermittlungsansätze vorliegen“.

Weniger Briten in NRW eingebürgert

Düsseldorf (lnw). In Nordrhein-Westfalen lassen sich weniger Menschen aus dem Vereinigten Königreich einbürgern als vor dem Brexit. Von 2020 bis 2023 wurden insgesamt 1.832 Britinnen und Briten in NRW eingebürgert, wie das Statistische Landesamt mitteilte. Die bisher höchste Zahl war demnach 2019 erreicht worden, mit 3.850 Einbürgerungen in einem einzigen Jahr.

Auch das Handelsvolumen sei 2023 niedriger gewesen als vor dem Brexit. Demnach gingen die Exporte aus NRW um rund zehn Prozent zurück. Der Importwert sei 2023 mit 9,4 Milliarden Euro etwa 1,3 Prozent niedriger als 2019.

Das Vereinigte Königreich stand 2023 auf Rang neun der Abnehmer nordrhein-westfälischer Exporte. 2019 hatte es noch den siebten Platz belegt. Als Herkunftsland für NRW-Importe stand das Vereinigte Königreich zuletzt auf Rang 10, im Jahr 2019 war es Platz 8.

Sorge vor Windkraft-Wildwuchs

In NRW liegen 1.500 Anträge für Windräder auf Flächen vor, die eigentlich tabu sind. Naturschützer sind entsetzt. Das Land hofft auf Berlin. Von dort gibt es erste Signale.

Ingo Kalischek

Die Windkraft, wie hier bei Lichtenau, spielt im südlichen Paderborner Land eine prägende Rolle im Landschaftsbild. Foto: Jens Reddeker

Düsseldorf. In NRW könnten rund 1.500 Windräder in Gebieten entstehen, die die regionale Politik dafür eigentlich ausgeschlossen hatte. Für diese Flächen gehen seit Monaten Hunderte Anträge von Investoren ein. Grund ist eine Gesetzeslücke. Weil die sogenannten Regionalpläne, die die Windkraft-Verteilung regeln, derzeit überarbeitet werden, fehlt den Städten und Gemeinden ein rechtliches Steuerungsinstrument, um die Anträge abzulehnen. Diesen Schwebezustand nutzen Investoren aktuell aus.

In OWL liegen in den Kreisen Paderborn und Höxter, wie berichtet, aktuell rund 280 Anträge für Windräder außerhalb der geplanten Flächen vor; im Bereich der Bezirksregierung Arnsberg sind es sogar 585 und selbst im Regierungsbezirk Köln sind es 159. In Münster und Düsseldorf waren es nach aktuellsten Zahlen von Ende November 200 beziehungsweise 50.

„Die Politik will spätestens seit 2021 einen massiven Windkraft-Ausbau in der Fläche vorantreiben“, kritisiert die Vorsitzende des Naturschutzbundes (Nabu) in NRW, Heike Naderer. „In dem Wunsch, möglichst schnell möglichst viel Windkraft auszubauen, sind Strategie und Maß völlig untergegangen“, meint Naderer und spricht von einer „dramatischen“ Situation für den Natur- und Artenschutz.

Auch der Sprecher der Bezirkskonferenz Naturschutz OWL, Karsten Otte, sorgt sich um die Artenvielfalt. „Es besteht jetzt die Gefahr, dass 280 Meter hohe Windräder auf Flächen entstehen, die aus Naturschutzgründen bewusst ausgeschlossen wurden.“ Das betrifft zum Beispiel Wälder und Biotopverbundflächen. Otte wirft den Windkraft-Investoren eine „hemmungslose Gewinnmaximierung auf Kosten von Natur und Gesellschaft“ vor.

Jan-Maik Schlifter, der für die FDP im Detmolder Regionalrat sitzt, führt die aktuelle Situation auf „handwerkliche Fehler“ in den Grünen-geführten Wirtschaftsministerien in Düsseldorf und Berlin zurück. „Das ist ein hausgemachtes Problem. Die Akteure wollten Windkraft um jeden Preis – und haben sich dabei völlig verheddert.“

In OWL hoffen Bürgermeister, Landräte und Mitglieder des Regionalrats jetzt auf eine Bundesregel, um wieder ein Steuerungsinstrument an die Hand zu bekommen. Ähnlich äußert sich NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur. Ziel sei eine „geordnete und rechtssichere“ Steuerung der Windenergie. Deshalb setze sich die NRW-Regierung für eine „pragmatische Lösung“ auf Bundesebene ein und bringe sich „intensiv“ in aktuelle Verhandlungen ein, um „Regelungslücken“ zu schließen, sagt Neubaur.

Eine kurzfristig vom Land erarbeitete Übergangsregel, die es den Akteuren vor Ort ermöglichen sollte, die Antragsverfahren zumindest um ein Jahr auszusetzen, war zuletzt zweimal vor Gericht gescheitert. Im Regierungsbezirk Detmold liegen aktuell noch vier Klagen von Investoren vor. Deshalb scheint auch die Landesregierung jetzt vor allem darauf zu hoffen, dass der Bundestag noch vor der Wahl am 23. Februar ein Gesetz auf den Weg bringt. Die Union hatte kürzlich einen Gesetzentwurf eingebracht.

Die Fraktionschefin der Grünen im Bundestag, Britta Haßelmann, versichert gegenüber dieser Zeitung, dass aktuell nach einer Lösung für dieses „konkrete und klar umrissene Problem“ gesucht werde. „Dazu sind wir mit CDU/CSU und SPD im Austausch.“ Wichtig sei, dass man weder die Ausbauziele noch das überragende öffentliche Interesse für die Windenergie infrage stelle, sagt Haßelmann. Die Bielefelderin übt zugleich Kritik an der aktuellen Entwicklung. „Es schadet der Akzeptanz der Windenergie, wenn einzelne Projektierer versuchen, die regionale Steuerung der Windenergie zu umgehen.“ Das entspreche nicht dem „Geist und Ziel“ des unter grüner Regierungsbeteiligung beschlossenen Windflächenbedarfsgesetzes. Der Bundesrat habe sich daher auf Initiative aus NRW an die Bundesregierung gewandt, um die Regeln für einen geordneten Ausbau der Windkraft in den vorgesehenen Flächen zu prüfen.

Wiebke Esdar, Vorsitzende der NRW-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion, betont. „Unser Anliegen ist, dass wir eine gesetzliche Regelung noch vor der Wahl hinbekommen. Wir wollen eine Lösung. Die muss aber auch rechtssicher sein – und da muss sich die Union noch bewegen.“

Mehr Schulstraßen für sicheren Weg zur Schule

Vier der insgesamt 32 besonderen Strecken im Land befinden sich in Ostwestfalen-Lippe.

Düsseldorf (lnw). Insgesamt 32 Schulstraßen für einen sicheren Schulweg gibt es mittlerweile in Nordrhein-Westfalen. „Das ist ein guter Start, der hoffentlich viele Nachahmer in den kommenden Jahren findet“, sagt Verkehrsminister Oliver Krischer. „Kinder sind im Straßenverkehr die schwächsten Teilnehmer und müssen besonders geschützt werden. Schulstraßen sind ein guter Weg, brenzlige Situationen zwischen dem Kfz-Verkehr und den Schülerinnen und Schülern zu vermeiden“, so der Verkehrsminister.

Die Zunahme an Schulstraßen basiert auf einem Erlass des NRW-Verkehrsministeriums von Januar 2024, der Städten und Straßenverkehrsbehörden die Einrichtung solcher Straßen ermöglicht. Durch die temporären Straßensperrungen sollen gefährliche Situationen durch sogenannte Elterntaxis oder einen starken Durchgangsverkehr verhindert werden. Kinder sollen demnach so sicherer zu Fuß oder mit dem Fahrrad zur Schule kommen.

Nach Angaben des NRW-Innenministeriums gab es allein im Jahr 2023 insgesamt 468 Schulwegunfälle. Das sind Verkehrsunfälle, bei denen mindestens eine Schülerin oder ein Schüler im Alter von 6 bis 14 Jahren zwischen 6 und 18 Uhr auf dem direkten Weg von der Wohnung zum Ort regelmäßiger schulischer Veranstaltungen und zurück beteiligt waren. In 40 dieser Fälle gab es mindestens eine schwerverletzte Person, ein Unfall endete sogar tödlich.

Wohl auch daher wurden allein im vergangenen Jahr 26 neue Schulstraßen im bevölkerungsreichsten Bundesland errichtet. In OWL wurden in Bad Lippspringe, Herford und Schlangen Schulstraßen eingerichtet. Dort liegen die Sperrzeiten an den Schulen zwischen 7 und 8.30 Uhr, hinzu kommt häufig eine weitere Sperrzeit am Mittag oder Nachmittag.

In Köln, Essen und Gladbeck gibt es bereits seit längerem Schulstraßen, die auf städtische Initiativen hin entwickelt wurden, wie das Verkehrsministerium mitteilt.

Die vier Kölner Schulstraßen wurden nach der positiv verlaufenen Testphase bereits dauerhaft eingeführt, wie die Stadt Köln mitteilte. Es seien mit die ersten bundesweit gewesen. „Die Auswertung des Pilotprojekts hat gezeigt, dass Schulstraßen ein äußerst wertvolles Instrument sind, um die Verkehrssicherheit zu steigern und die selbstständige Mobilität der Kinder zu fördern“, teilte die Stadt mit. Daher wolle man den Weg weitergehen.

Die Schulstraßen wurden laut der Kölner Stadtverwaltung von den beteiligten Schulen, Eltern und Kindern überwiegend positiv bewertet. Insbesondere die Sicherheitswahrnehmung vor den Schulen habe sich deutlich verbessert. So sei es zu einer erheblichen Reduzierung der „Elterntaxis“ gekommen.

Durch die zeitweise Sperrung von Straßen sollen Kinder sicher zur Schule kommen, wie in dieser Straße in Essen. Foto: dpa

Sabotage bei der Anmeldung zum Hermannslauf

Der Online-Dienstleister des Hermannslaufs meldet „vorsätzlichen Missbrauch“ bei der Vergabe der Lauf-Tickets.

Uwe Kleinschmidt

Bielefeld. Ein bisschen knirscht es weiterhin im Aufbruch zum 53. Hermannslauf. Das hat in diesem Fall aber weniger mit vereinsinternen Differenzen beim Ausrichter TSVE 1890 Bielefeld zu tun. Vielmehr hat die Technik, womöglich durch gezielte Sabotage, am Sonntag ab 11 Uhr das Anmelden für die Läufer deutlich erschwert.

8.000 Plätze hat der TSVE wie 2024 für Laufende vergeben. Die mussten Geduld mitbringen, ehe das Verfahren für die Bewerber als genehmigt verbucht werden konnte. Der Bielefelder Verein hat das Online-Anmeldeverfahren dem Dienstleister Davengo (Berlin) übertragen. Über die TSVE-Homepage ließ Davengo ausrichten: „Wir haben schon ab 10.55 Uhr Unregelmäßigkeiten in der Auslastung der Systeme entdeckt und die Situation geprüft.“ Relativ schnell sei das E-Mail-System als Problemquelle ausfindig gemacht worden: „Wir sind auf Spurensuche gegangen. Zu Beginn haben wir die starke Nutzung der Double-opt-in-Funktion in Kombination mit unzähligen Passwort-Reset-Vorgängen als Ursache vermutet. Wir haben daher die Ressourcen zum Mailversand erhöht und die Double-opt-in-Funktion deaktiviert.“

Mit dem Double-opt-in-Verfahren soll der Missbrauch von Mailadressen verhindert werden. Dabei wird ein Code an das E-Mail-Postfach geschickt. Erst wenn dieser Code eingegeben wird, wird der Zugang beim Dienstleister freigegeben.

Bereits im vergangenen Jahr hatte es Probleme bei der Anmeldung gegeben. Foto: Sarah Jonek

Es gab jedoch noch weitere Probleme bei der Anmeldung zum Hermannslauf: „Zusätzlich mussten wir feststellen, dass es zeitgleich vorsätzlichen Missbrauch unseres Systems gegeben hat, um die Plattform gezielt zu überlasten. Einzelne IP-Adressen aus dem Internet haben in wenigen Minuten unzählige Anfragen an uns gesendet.“ Ein solcher Angriff führt zu Überlastungen der Server. Für die Läufer hieß das lange Wartezeiten beim Aufruf der Internetseite.

Dienstleister Davengo entschuldigte sich für „den holprigen Anmeldestart“ und erklärt: „Wir werden die Ursachen weiter analysieren.“

Doris Buschmann, die Vorsitzende des TSVE, erklärt: „Probleme mit der Anmeldung fallen natürlich auf uns als Veranstalter zurück. Darum bitten auch wir um Entschuldigung. Genauso wichtig ist uns aber, dass das Interesse am Hermannslauf ungebrochen ist.“ Mittlerweile ist auf der Homepage des Hermannslaufs zu erfahren, dass alle 8.000 Läufer-Tickets vergeben sind. Auch die 1.000 Plätze für Wanderer und die 400 für den Mini-Hermann für Kinder von 8 bis 14 Jahren sind komplett ausgebucht.

Im Vorjahr hatte es technische Probleme insbesondere bei den Wanderern gegeben, die technischen Tücken sind also nicht ganz neu.

Im Vorfeld des Hermannslaufes waren durch diese Zeitung Differenzen zwischen Vorstand und Organisationsteam öffentlich geworden, aufgrund derer das bewährte Orga-Team seinen Rücktritt erklärte. Der Verein hatte daraufhin erklärt, dass der „Hermann“ 2025 dennoch stattfinden und ein neues Team zusammengestellt werde.

Kritik an neuem Abschiebegefängnis

Die Pläne für den Neubau stoßen bei einem Bürener Verein auf entschiedene Ablehnung.

Büren/Mönchengladbach. Der Verein „Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren“ kritisiert das neu geplante Abschiebegefängnis in Mönchengladbach scharf. In einer Pressemitteilung wird die Notwendigkeit aufgrund von fehlenden Kapazitäten in Frage gestellt.

Laut Frank Gockel, Sprecher des Vereins, handele es sich bei dem Bau des neuen Abschiebegefängnisses um ein politisches Kalkül. „Es ist alarmierend, dass mit dem neuen Gefängnis in Mönchengladbach die Kapazitäten für Abschiebehaft weiter ausgebaut werden, obwohl bis jetzt keine Auslastung in bestehenden Einrichtungen wie in Büren gegeben ist“, heißt es in der Mitteilung. Laut Gockel lag die durchschnittliche Belegung des Abschiebegefängnisses in Büren im Jahr 2024 bei weniger als 100 Gefangenen. Es ist allerdings für 175 ausgelegt.

Die Kosten für den Neubau in Mönchengladbach werden vom Land auf 300 Millionen Euro geschätzt. Der Verein fordert, die Mittel lieber für soziale und integrative Projekte einzusetzen.

Hintergrund der Kritik ist die Bekanntgabe des NRW-Ministeriums für Flüchtlinge, Integration und Migration. Auf einem ehemaligen Militärgelände in Mönchengladbach soll das zweite Abschiebegefängnis in Nordrhein-Westfalen neu gebaut werden. Die Flüchtlingsministerin Josefine Paul (Grüne) erklärte, dass die Einrichtung direkt neben einer Erstaufnahmeeinrichtung gebaut werden soll und Platz für bis zu 140 Personen bieten wird.